

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1970

Ausgegeben am 27. Feber 1970

21. Stück

- 78.** Verordnung: Abänderung der Verordnung, mit der die 1. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz neuerlich abgeändert wird
- 79.** Verordnung: Neuerliche Änderung der Zehr- und Ganggelder-Verordnung 1947
- 80.** Kundmachung: Beitritt Ugandas zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr von Umschließungen
- 81.** Kundmachung: Ratifikation des Europäischen Kulturabkommens durch Zypern
- 82.** Abkommen zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr

**78. Verordnung des Bundesministers für Unterricht vom 18. Feber 1970, betreffend die Abänderung der Verordnung vom 10. September 1969, mit der die 1. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz neuerlich abgeändert wird**

Auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes, BGBl. Nr. 177/1966, insbesondere der §§ 4, 6, 8, 9, 10, 12, 15, 18, 19, 20, 26, 28, 33 und 45 wird verordnet:

### Artikel I

Die Verordnung des Bundesministers für Unterricht, BGBl. Nr. 331/1969, mit der die 1. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz neuerlich abgeändert wird, wird abgeändert wie folgt:

Artikel II Abs. 1 hat zu lauten:

„An der Universität in Wien, an der Technischen Hochschule in Wien und an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz ist die Inskription ab dem Studienjahr 1968/69, an der Hochschule für Welthandel in Wien und an der Universität in Salzburg ist die Inskription ab dem Studienjahr 1969/70, an der Tierärztlichen Hochschule in Wien ist die Inskription ab dem Sommersemester 1970 mittels elektronischer Datenverarbeitungsanlagen durchzuführen.“

### Artikel II

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt der Artikel II Abs. 1 der Verordnung des Bundesministers für Unterricht, BGBl. Nr. 331/1969,

mit der die 1. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz neuerlich abgeändert wird, außer Kraft.

Mock

**79. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 19. Feber 1970, mit der die Zehr- und Ganggelder-Verordnung 1947 neuerlich geändert wird**

Auf Grund des Artikels XXXIV des Einführungsgesetzes zur Zivilprozeßordnung vom 1. August 1895, RGBL. Nr. 112, wird im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler verordnet:

Die Zehr- und Ganggelder-Verordnung 1947, BGBl. Nr. 229, in der Fassung der Verordnungen vom 23. März 1948, BGBl. Nr. 75, vom 9. Februar 1950, BGBl. Nr. 68, vom 30. August 1951, BGBl. Nr. 213, vom 11. Jänner 1958, BGBl. Nr. 8, und vom 26. Juni 1964, BGBl. Nr. 146, wird in folgender Weise geändert:

1. Der § 2 hat zu lauten:

„§ 2. An Zehrgeldern gebührt für jeden Vollzug und jeden Ort der Amtshandlung (§ 6)

1. für die pfandweise Beschreibung einer bücherlich nicht eingetragenen Liegenschaft (§ 90 Exekutionsordnung), für die Beschreibung und die Schätzung einer Liegenschaft und ihres Zubehörs (§ 144 Exekutionsordnung), für die Einführung eines Zwangsverwalters oder eines einstweiligen Verwalters und die Übergabe einer Liegenschaft an den Ersteher, für eine Versteigerung (§ 270 Exekutionsordnung), für einen Verkauf nach den §§ 268, 280 Abs. 1 oder 2 Exekutionsordnung, für eine Übergabe nach dem

§ 271 Exekutionsordnung, für die Vornahme oder die Aufhebung einer Verwahrung (auch bei einstweiligen Verfügungen), für jede Überstellung von Fahrnissen, wenn sie nicht bei Durchführung einer Verwahrung vorgenommen wird, für vorgängige Schätzungen (§§ 271, 275 und 280 Exekutionsordnung), für die Vornahme einer pfandweisen Beschreibung oder einer Schätzung von in Exekution gezogenen Vermögensrechten, für die Einführung eines Pächters oder eines Zwangsverwalters solcher Rechte, für die Vornahme einer Exekution zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (§§ 346 ff. Exekutionsordnung), besonders bei zwangsweisen Räumungen nach dem § 349 Exekutionsordnung, für die Vornahme einer Verhaftung (§ 360 Exekutionsordnung), für eine Vorführung, für die Abnahme von Kindern oder Pflegebefohlenen und für die Aufnahme eines Inventars bei einem Konkurs (§§ 96, 171 Konkursordnung) bei einem Wert des zu vollstreckenden oder zu sichernden Anspruchs

- a) bis einschließlich 50 S ..... 6'50 S,
- b) über 50 S bis 100 S ..... 10'50 S,
- c) über 100 S bis 1.000 S ..... 15'— S,
- d) über 1.000 S bis 5.000 S ..... 17'— S,
- e) über 5.000 S bis 10.000 S ..... 21'— S,
- f) über 10.000 S bis 50.000 S ..... 28'— S,
- g) über 50.000 S ..... 35'— S,
- h) wenn der Wert nicht ersichtlich ist 10'50 S;

2. für jede andere Vollstreckungshandlung, besonders für jede Fahrnispfändung, die Hälfte der unter Z. 1 genannten Beträge;

3. für Zustellungen an je eine Partei in bürgerlichen Rechtssachen oder in Strafsachen, wenn die Zustellung nicht in Verbindung mit einer Vollstreckungshandlung, einer Vorführung oder einer Verhaftung vorgenommen wird (Zustellgebühr) 3 S;

4. für jede andere Amtshandlung in bürgerlichen Rechtssachen oder in Strafsachen, die nicht in Begleitung eines Richters oder eines Rechtspflegers vorgenommen wird, 4 S.“

2. Der § 4 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Hat sich der Vollstreckter bereits an den Ort begeben, wo eine der im § 2 bezeichneten Amtshandlungen vorzunehmen wäre, unterbleibt jedoch der Vollzug mangels pfändbarer Gegenstände, wegen Unauffindbarkeit des Verpflichteten oder der gepfändeten Gegenstände oder aus einem anderen Grund, so gebührt ebenfalls das Zehrgeld nach dem § 2, wenn es 6'50 S nicht übersteigt. Würde bei Berechnung nach dem § 2 das Zehrgeld den Betrag von 6'50 S übersteigen, so vermindert es sich um die Hälfte, jedoch nicht unter 6'50 S.“

3. Der § 5 Abs. 1 und 2 hat zu lauten:

„(1) Wird eine Vollstreckungshandlung an einem Werktag vor dem für das betreffende Gericht geltenden Dienstbeginn oder nach dem Dienstschluß vorgenommen oder fortgesetzt, so gebührt zu jedem Zehrgeld ein Zuschlag von 3 S.

(2) Werden Vollstreckungshandlungen an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder zur Nachtzeit vorgenommen oder fortgesetzt, so gebührt zu jedem Zehrgeld ein Zuschlag von 20 S. Die Nachtzeit umfaßt die Stunden von 22 bis 6 Uhr.“

4. Im § 7 Abs. 1 werden der Betrag von „70 g“ durch den Betrag von „1 S“ und der Betrag von „1'40 S“ durch den Betrag von „2 S“ ersetzt.

5. Im § 7 Abs. 8 wird der Betrag von „25 S“ durch den Betrag von „35 S“ ersetzt.

Klecatsky

## **80. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 13. Feber 1970 betreffend den Beitritt Ugandas zum Zollabkommen vom 6. Oktober 1960 über die vorübergehende Einfuhr von Umschließungen**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens hat Uganda am 9. Jänner 1970 seine Beitrittsurkunde zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr von Umschließungen (BGBl. Nr. 191/1962, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 372/1969) hinterlegt.

Klaus

## **81. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 18. Feber 1970 betreffend die Ratifikation des Europäischen Kulturabkommens durch Zypern**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Zypern am 23. September 1969 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Kulturabkommen vom 19. Dezember 1954 (BGBl. Nr. 80/1958, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 64/1967) hinterlegt.

Klaus

**82.**

Nachdem das am 5. März 1969 in Wien unterzeichnete Abkommen zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967, welches also lautet:

**ABKOMMEN**

zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967

Die Republik Österreich und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien sind, von dem Wunsche geleitet, das Abkommen über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr zu ergänzen, wie folgt übereingekommen:

**Artikel I**

Artikel 8 Absatz 4 lit. a hat zu lauten:

„a) jugoslawische Bedienstete in Zügen auf den im Artikel 1 Absatz 1 lit. a genannten Strecken und in Spielfeld, Lavamünd, Bleiburg und Villach sowie im Bahnhof Rosenbach;“

**Artikel II**

Der Text auf Seite 4 des Grenzübertrittsausweises Anlage B zum Abkommen vom 8. April 1967 ist dem Artikel I entsprechend zu ergänzen.

**Artikel III**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden in Belgrad ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am fünfzehnten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 5. März 1969, in doppelter Urschrift in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Dr. Kurt Waldheim m. p.**

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien:

**Lazar Mojsov m. p.**

**SPORAZUM**

O dopuni Sporazuma izmedju Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o graničnoj kontroli u putničkom železničkom saobraćaju od 8. aprila 1967. godine

Republika Austrija i Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija, rukovodeći se željom da Sporazum o graničnoj kontroli u putničkom železničkom saobraćaju dopune, sporazumele su se o sledećem:

**Član I**

Član 8, stav 4, pod a) ima da glasi:

„a) jugoslovenski službenici u vozovima na prugama navedenim u članu 1, stav 1, slovo a) i u Spielfeldu, Lavamindu, Blajburgu i Filahu, kao i na stanici Rozenbah“.

**Član II**

Tekst na strani 4 dozvole za prelaz granice Priloga B uz Sporazum od 8. aprila 1967. godine ima se shodno članu I adekvatno dopuniti.

**Član III**

(1) Ovaj Sporazum podleže ratifikaciji. Razmena ratifikacionih instrumenata izvršiće se u Beogradu.

(2) Ovaj Sporazum stupa na snagu petnaestog dana od datuma razmene ratifikacionih instrumenata.

U POTVRDU ČEGA, opunomoćenici država ugovornica su ovaj Sporazum potpisali i stavili pečate.

SAČINJENO u Beču, dana 5. marta 1969 u dva originalna primerka na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku, pri čemu su oba teksta podjednako autentična.

Za Republiku Austriju:

**Dr. Kurt Waldheim m. p.**

Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju:

**Lazar Mojsov m. p.**

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 9. September 1969

**Der Bundespräsident:**

**Jonas**

**Der Bundeskanzler:**

**Klaus**

**Der Bundesminister für Inneres:**

**Soronic**

**Der Bundesminister für Justiz:**

**Klecatsky**

**Der Bundesminister für Finanzen:**

**Koren**

**Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen:**

**Weiß**

**Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:**

**Waldheim**

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Abkommen sind am 4. Feber 1970 ausgetauscht worden; das Abkommen ist somit gemäß seinem Artikel III Absatz 2 am 19. Feber 1970 in Kraft getreten.

**Klaus**